

Die demokratische Kultur im ländlichen Raum stärken – aber wie?

1. Ausgangslage

Am 26.02.2010 veröffentlichte die Mitteldeutsche Zeitung in ihrer Onlineausgabe eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Minister: Land wird von Extremisten bedroht“. Der Hintergrund zu diesem Artikel war die öffentliche Stellungnahme des amtierenden Innenministers des Landes Sachsen-Anhalt Holger Hövelmann (SPD) zu den offiziellen Zahlen zur ‚Politisch motivierten Kriminalität‘ des Jahres 2009. Entscheidend ist hierbei, dass die um bundesweiten Vergleich relativ hohen Zahlen die Dominanz rechtsextremistisch motivierter Straftaten im Land Sachsen-Anhalt aufzeigen. Sie verdeutlichen, dass der Rechtsextremismus nach wie vor eine zentrale und – mit Schwerpunkt in bestimmten Regionen – alltägliche Bedrohung darstellt.

Diese permanente, aber nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in anderen, z.T. ländlich strukturierten Bundesländern vorfindliche Situation ist auch der Ausgangspunkt für das im Rahmen des Bundesprogramms ‚kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus‘ (vgl. <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de>) initiierte Modellprojekt ‚Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum‘. Mit dem Ziel, praxisnahe Handlungsempfehlungen für lokale Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und vor allem Zivilgesellschaft zu entwickeln, will das Projekt auf die zunehmende Ausbreitung und Verankerung rechtsextremer Aktivitäten und Strukturen im strukturschwachen und ländlichen Raum und die daraus resultierenden Gefahren reagieren. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass in den so genannten strukturschwachen Regionen im ländlichen Raum spezifische Bedingungen bestehen, die eine Ausbreitung bzw. Verfestigung rechtsextremistischer Strukturen begünstigen (können). Die Ausdünnung der Infrastruktur bietet rechtsextremistischen Gruppierungen einen möglichen Nährboden: Sie füllen die Lücken mit eigenen Angeboten und bieten einfache Erklärungen für die (schlechte) Lage in der Region an. So besetzen sie Strukturen im Jugendbereich und verschaffen sich dort zunehmend Akzeptanz, wenn sie nicht sogar als hilfreiche Partner – als ‚Kümmerer‘ – erlebt werden (vgl. z.B. Borstel 2009). Untersuchungen zu sozialen Gruppenprozessen gehen davon aus, dass die spezifische infrastrukturelle und sozioökonomische Situation in ländlichen Regionen mit einem hohen normativen Druck bestehender Gruppen in Bezug auf die Ansichten über schwache Bevölkerungsteile verbunden ist (vgl. Petzke/Endrikat/Kühnel 2006). Je mehr die kulturelle, soziale und bildungsbezogene Infrastruktur in ländlichen Regionen geschwächt ist, desto stärker wird der ländliche

Raum durch ‚ideologische Gemeinschaften‘ besetzt, die aus der Beschwörung eines auf das Gemeinwesen bezogenen Wir-Gefühls hervorgehen. Vor allem junge Menschen geraten in ländlichen Regionen unter zusätzlichen Anpassungsdruck an vorhandene Cliquesstrukturen (vgl. Hirschfeld 2004 14). Während städtische Räume mit ihrer vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte ein breiteres Spektrum an unterschiedlichen Gruppen und Subkulturen und daher vielfältige Wahlmöglichkeiten in Bezug auf soziale Gruppenkontakte bieten, müssen sich junge Menschen in ländlichen Räumen mit den wenigen vorhandenen Gruppenzusammenhängen zufriedengeben oder aber in städtische Räume ausweichen. Überdies geht nach Ansicht verschiedener Experten in ländlich-kleinstädtischen Regionen eine geringere Konfliktbereitschaft mit einem erhöhten Konformitätsdruck einher. Dies führt nicht selten dazu, dass Initiativen gegen Rechtsextremismus durch die Erwartungen des sozialen Umfelds ins Abseits gedrängt werden (vgl. Hafenecker/Becker 2008; Liebscher/Schmidt 2007 17). Im Umkehrschluss geht das Forscherteam davon aus, dass ein dichtes Netz demokratischer Organisationsformen sowie ein vielfältiges und offenes kulturelles, soziales und bildungsbezogenes Angebot der Träger der lokalen Zivilgesellschaft die potentiellen Entfaltungsräume für Rechtsextremismus verringern. Wenn jedoch eine Mentalität der Konfliktvermeidung notwendige Positionierungen erschwert oder eine tradierte Vorurteilkultur das Phänomen verharmlost, sind die Bedingungen für die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen im strukturschwachen ländlichen Raum eher ungünstig. Studien belegen, dass die Stärke der lokalen Zivilgesellschaft einen entscheidenden Einfluss darauf hat, wie erfolgreich – oder nicht erfolgreich – Rechtsextreme in der Besetzung lokaler Strukturen sein können (vgl. Hafenecker/Becker 2008). Deshalb wird im Modellprojekt davon ausgegangen, dass eine Stärkung der Zivilgesellschaft als primärer Ansatz gesehen werden kann, um die Ausbreitung rechtsextremer Tendenzen (im strukturschwachen ländlichen Raum) zu vermeiden.

Vor dem skizzierten Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass in den Kommunen des ländlichen Raums bereits unterschiedliche Handlungsstrategien erprobt wurden, die eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure bewirken (sollen), jedoch eine systematische Analyse der Wirksamkeit dieser Strategien noch ausstand. Darüber hinaus wurde noch nicht systematisch untersucht, wann und mit welchen Argumenten kommunale Akteure Unterstützung im Kampf gegen Rechtsextremismus wünschen, anfragen und akzeptieren. An dieser Stelle setzte das Modellprojekt an und fragte auf der Grundlage bestehender empirischer Forschung und vorliegender Erfahrungen danach, welche Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus in strukturschwachen ländlichen Regionen bestehen und welche Erfahrungen die Akteure hiermit in Hinblick auf die Bekämpfung von rechtsextremistischen Aktivitäten und Organisationsformen gemacht haben. Dabei wurde auch die Problemwahrnehmung unterschiedlicher Akteure in Hinblick auf die Verankerung rechtsextremer Strukturen erfasst. Im Rahmen dieser Untersuchung galt es weiterhin,

bestehende Partizipationsstrukturen, die die Herausbildung demokratischer Werte in den Regionen befördern, zu eruieren. Eine weitere wichtige Fragestellung zielte darauf ab zu prüfen, auf welche Weise bis dato versucht wurde, Handlungsstrategien in den Untersuchungsregionen zu koordinieren und welche Erfahrungen die Akteure dabei bisher gemacht haben und wie solche Strategien der Koordinierung weiterentwickelt und verallgemeinert werden können.

Im Modellprojekt wurde der Schwerpunkt auf die Untersuchung von (*präventiven*) Handlungsstrategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft und von (*interventiven*) Handlungsstrategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in vier Modellregionen gelegt. Neben dem Altmarkkreis Salzwedel, für den eine exemplarische qualitative Fallstudie erstellt wurde, bezog sich eine umfassende Sekundäranalyse zu bestehenden Forschungen (Studien, Projektevaluationen etc.) auf den Kyffhäuserkreis sowie die Landkreise Uecker-Randow und Schaumburg. Diese zwei methodischen Zugänge dienten dazu, die Ansätze in den vier Regionen zu prüfen sowie die dort angewendeten Handlungsstrategien zu eruieren und zu systematisieren. Die Fallstudie hat hierbei die Funktion, die Ergebnisse der Sekundäranalyse abzusichern und zu fundieren. Das Ziel des vorliegenden Textes ist es, das Forschungsdesign (vgl. Abschnitt 2) sowie die zentralen Erkenntnisse aus dieser Fallstudie darzulegen (vgl. Abschnitt 3).

2. Forschungsdesign

Die Fallstudie stützt sich neben einer tief gehenden Quellen- und Internetrecherche zur Darstellung des Sozialraums ‚Altmarkkreis Salzwedel‘ auf qualitative leitfadengestützte Interviews mit Akteuren und Multiplikatoren auf der örtlichen (Landkreis sowie Gemeinden und Städte) sowie der überörtlichen (Land Sachsen-Anhalt) Ebene. Im Mittelpunkt der Befragung standen die Erfahrungen (1.) mit Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft (präventiver Charakter) und (2.) mit rechtsextremen Aktivitäten und Organisationsformen sowie mit Strategien zu ihrer Bekämpfung vor Ort (interventiver Charakter). Durch die exemplarische Fallstudie sollte sichergestellt werden, dass alle relevanten Aspekte und Dimensionen des Untersuchungsthemas erfasst und empirisch ausgelotet werden. Die qualitative Forschungsmethodologie wurde ausgewählt, weil sie zum einen direkt an den Erfahrungen und der Handlungspraxis der Akteure anknüpft und zum anderen sensibilisierend wirkt. Sie ermöglichte einen offenen Zugang zu den Akteuren und stellt deren persönliche Perspektive sowie deren Erfahrungen und Vorstellungen in den Mittelpunkt der Erhebung. Hierfür wurden qualitative leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt und mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet (vgl. z.B. Gläser/Laudel 2009). Dadurch war es möglich, gezielt die persönlichen Einschätzungen eines breiteren Spektrums an politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu eruieren und neben der regionalen die überregionale Ebene – die Landesebene – mit in die Erhebung einzubeziehen. Insgesamt wurden 29 leitfadengestützte Experteninterviews mit Akteuren aus Politik

und Zivilgesellschaft auf der lokalen und der Landesebene durchgeführt und ausgewertet: 21 Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (z.B. freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Kirchen, Vereine), sechs mit staatlichen Akteuren (z.B. Bürgermeister, Stadträte) sowie zwei mit Akteuren auf der Landesebene.

3. Zentrale Erkenntnisse aus der qualitativen Fallstudie

„Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – es gibt so viele Faktoren. Also ich würde da erstmal schon einen Unterschied machen zwischen Stadt und Land. Also zu Stadt gehört meines Erachtens auch Salzwedel. Das ist einfach ne Stadt, auch wenn es eine Kleinstadt ist und nicht zu den Ballungsgebieten gehört. In den Dörfern hier in der Region Altmark, wo es schlechte Verkehrsverbindungen gibt, keine Jugendclubs mehr und überhaupt die Infrastruktur ziemlich miserabel ist, haben sich solche Machtstrukturen sehr verfestigt. Es gibt dort erschreckend hierarchisch autoritäre Strukturen, auch in den Schulen“ (Interview Frau Bunt).

Mit der Fallstudie konnte – nicht zuletzt belegt durch das eben angeführte Zitat – gezeigt werden, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auch im Altmarkkreis Salzwedel in unterschiedlichen Formen in Erscheinung treten. Die seit Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnenden rechtsextremistischen Tendenzen zeigten sich insbesondere in den Versuchen, Jugendtreffs und -clubs, öffentliche Räume und Gebäude (Markplätze etc.) zu besetzen, oder auch im Anstieg von Gewalt- und Propagandadelikten mit rechtsextremistischem Hintergrund (Kleidung, Aufnäher, Schmierereien, gewalttätige Übergriffe etc.). Im Laufe der Zeit etablierten sich durch die Inbesitznahme sozialer Räume im Altmarkkreis sogenannte linke und rechte ‚Hochburgen‘ mit den entsprechenden Cliquenstrukturen heraus. Dies führte im rechtsextremistischen Milieu insbesondere zum Entstehen von Kameradschaftsstrukturen, die mittels einer systematischen Vernetzung und forciert durch die Aktivitäten einzelner Personen (‚lokale Bezugsgrößen‘) regional und überregional in der Öffentlichkeit sichtbar wurden (z.B. auf Demonstrationen). Bis heute tritt Rechtsextremismus im Altmarkkreis Salzwedel vornehmlich im jugendkulturellen und kameradschaftlichen Bereich zutage. Parteipolitische Strukturen erscheinen nach wie vor als nicht zu vernachlässigendes, aber eher als randständiges Problem. Sowohl die NPD als auch die Jungen Nationaldemokraten haben eine eher als schwach zu charakterisierende Struktur im Altmarkkreis Salzwedel etablieren können. Der Hauptgrund hierfür wird darin gesehen, dass sich eher die ‚alteingesessenen‘ und bundesweit vernetzten neonazistischen Kameradschaften in den letzten zwei Dekaden im Altmarkkreis Salzwedel stark verwurzelt haben. Auch wenn sich der Rechtsextremismus im Altmarkkreis Salzwedel vornehmlich im kameradschaftlichen und insbesondere im jugendkulturellen Bereich zeigt, betonten die Interviewten jedoch ebenso, dass sie es mit verschiedenen Alterssegmenten und Bevölkerungsschichten zu tun haben.

Problematisch wird das Phänomen vor allem vor dem Hintergrund der Besonderheiten des ländlichen Raumes. Die soziale Kontrolle in kleinen (Dorf-)Gemeinschaften und die fehlenden Alternativen in zunehmend homogeneren Bevölkerungsgruppen erschweren es einzelnen Personen um ein Vielfaches, sich öffentlich zu positionieren, wenn sie mit der Meinung und den Ansichten der anderen (Dorf-)Bewohner – dem ‚Mainstream‘ – nicht konform gehen. Allerdings verschieben sich in den letzten Jahren die ‚Präferenzen‘ und ‚Aktionsformen‘ rechtsextremistischer Akteure vor allem in drei Aspekten: (1.) dem Absinken der Gewaltbereitschaft bzw. der gewalttätigen Übergriffen; (2.) rechtsextremistische Akteure wenden immer häufiger die Strategie des ‚Sich-Kümmerns‘ an; (3.) zunehmend optische ‚Vermischung‘ rechtsextremistischer Jugendlicher/Personen mit anderen Gruppierungen (ähnliche Kleidungsstile etc.). Nicht zuletzt vermitteln rechtsextremistisch orientierte Personen zunehmend den Eindruck, dass sie, wenn sie in der Öffentlichkeit auftreten, strukturierter und zielgerichteter agieren, an Selbstbewusstsein gewonnen haben und eher versuchen, sich zu integrieren und ‚gesellschaftsfähig‘ bzw. ‚alltagstauglich‘ zu werden.

Demgegenüber hat sich bereits zu Beginn der 1990er Jahre eine Reihe von Vereinen und Initiativen im Land Sachsen-Anhalt zu zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen zusammenschlossen, insbesondere um für den Aufbau und die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen, gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Tendenzen einzutreten. Hier weist der Altmarkkreis Salzwedel zwar eine vergleichsweise junge und auf wenige Vereine, freie Träger, Initiativen und Personen beschränkte, aber schnell gewachsene zivilgesellschaftliche Struktur auf. Neben dem SoNet agiert in Salzwedel ein ‚Arbeitskreis für Weltoffenheit und Demokratie‘. Beide Netzwerke zeichnet ein starkes Engagement im Aufbau tragfähiger zivilgesellschaftlicher Strukturen aus. In Kooperation mit verschiedenen Vereinen, Beratungsstellen, Ämtern, Schulen, Parteien usw. wurden bereits vielfältige Projekte, Initiativen und Programme initiiert und implementiert. Zentrale Ziele sind hierbei die Stärkung demokratischer Strukturen, die Durchführung politischer Bildungsarbeit, die Entwicklung integrierter Handlungsstrategien, die themenspezifische Vernetzung der einzelnen Institutionen, Einrichtungen, Dienste und Akteure sowie der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung einer demokratischen Kultur (z.B. in Kommunen und Schulen). Beratung und Vernetzung sollen in diesem Kontext dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte sowie der Integration von Migranten und anderen, von fremdenfeindlicher Diskriminierung und Gewalt betroffenen Gruppen dienen. Bundesprogramme wie ‚VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie‘ bieten den Akteuren im Altmarkkreis Salzwedel die Chance, eigenverantwortlich entwickelte Projekte umzusetzen. Verstanden als Handlungsstrategie sollen mit Hilfe der Projekte im Rahmen des Lokalen Aktionsplans (LAP) umfassende Informationen zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus vermittelt sowie verschiedene Zielgruppen (Bürger, Multiplikatoren, lokale Meinungsträger, Verwaltung) für diese Themen sensibilisiert werden. Ziel

der Akteure ist es, eine nachhaltige Aktivierung sowie der Einbezug der Bürger im Sinne einer toleranten und weltoffenen Kultur des Zusammenlebens und nicht zuletzt eine Stärkung, Verstetigung und Optimierung bestehender Netzwerkstrukturen zu erreichen. Neben der Kooperation mit Politik, Verwaltung und Polizei ist hierbei die Einbindung einer Vielzahl an Vereinen, Trägern, sozialen Diensten, Schulen usw. in das Netzwerk als entscheidender Faktor anvisiert.

Die Akteure im Altmarkkreis Salzwedel wirken jedoch vor dem Hintergrund von spezifischen Kontextbedingungen, die für ländliche und strukturschwache Regionen charakteristisch sind. ‚Soziale Kontrolle‘ sowie ‚fehlende Alternativen‘ bzw. ‚fehlende Vielfalt‘ im jugendkulturellen Spektrum scheinen die für strukturschwache ländliche Gebiete hervorstechendsten und extremistische Tendenzen am ehesten befördernden Kontextbedingungen zu sein. Die Entwicklung homogener Jugendkulturen in ländlichen Räumen wird durch den Mangel an wählbaren Alternativen sowie eine eher stark ausgeprägte soziale Kontrolle durch die (Dorf-)Bewohner befördert. Ob ein Jugendlicher ‚rechts‘ oder ‚links‘ wird, ob er eher Hip-Hop oder Metal hört usw. hängt stark von seinen sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigen sowie den Strukturen Jugendlicher in der Gemeinschaft vor Ort ab. Hieraus resultiert das Problem, dass (junge) Menschen in sozial eher homogenen Gemeinschaftsstrukturen vor der Entscheidung stehen, sich entweder öffentlich gegen die ‚landläufige‘ Meinung zu positionieren, wodurch sie sich selbst ins Abseits stellen und den Stempel des ‚Nestbeschmutzers‘ aufgedrückt bekommen (könnten), oder ob sie sich möglicherweise zum stillschweigenden Mitläufer bzw. gar zum ‚Aktivposten‘ wandeln. Befördert werden der Mangel an jugendkulturellen Alternativen sowie die Homogenisierung im ländlichen Raum durch die wenigen Wahlmöglichkeiten im Freizeitbereich sowie in der politischen, kulturellen und sozialen Jugendarbeit. Die Verfestigung einseitiger Denkmuster wird aber in diesen Gruppen – und bspw. unterstützt durch ‚Meinungsmacher‘ aus dem familialen oder örtlichen Bereich – kontinuierlich vorangetrieben. Hinzukommen für strukturschwache Regionen typische Merkmale wie die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit, eine geringe Kaufkraft, eine vergleichsweise geringe wirtschaftliche Infrastruktur, die hohe Anzahl an Empfängern staatlicher Transferleistungen etc. Verbunden damit ist eine vergleichsweise schlecht ausgebaute kulturelle und soziale Infrastruktur. Diese Merkmalskombinationen befördern wiederum Abkopplungs- und Segregationsprozesse innerhalb der ländlichen Bevölkerung. Diese ‚Abwärtsspirale‘ wird in einigen Fällen noch durch familiale Problemlagen (z.B. Alkoholsucht) oder auch eine einseitige Freizeitbeschäftigung der Kinder und Jugendlichen (z.B. stundenlanges Computerspielen) verstärkt. Negative demografische Entwicklungen schlagen sich zudem in sozialen Entmischungsprozessen nieder, die in hohem Maße zur Homogenisierung der Bevölkerungsstrukturen in strukturschwachen (ländlichen) Gebieten beitragen.

Vor diesem komplexen Gemengelage zeigt sich, dass sowohl kommunalpolitische Entscheidungsträger (z.B. Bürgermeister, Ratsfraktionen) als auch zivilgesellschaftli-

che Akteure (z.B. Sportvereine) vor Ort durch die Präsenz von rechtsextremistischen Gruppierungen und Akteuren verunsichert sind. Nicht selten dominieren in solchen Fällen Relativierungsstrategien, wonach das Problem des Rechtsextremismus zu spät als Gefahr für die kommunale Demokratie erkannt oder als jugendspezifisches Problem verharmlost wird. Darüber hinaus wird oft genug ignoriert, dass rechtsextremistische Akteure in den Kommunen soziale Fragen ins Zentrum ihrer Politik rücken und damit wichtige Bereiche des kommunalen Lebens besetzen (vgl. Lieb-scher/Schmidt 2007 15). Im Sinne des Forschungsprojektes ‚Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum‘ ergibt sich daraus der folgende Handlungsbedarf – so, wie er von den in diesem Feld stark engagierten Interviewten im Altmarkkreis Salzwedel propagiert und nach Möglichkeit umgesetzt wird:

1. Ein erster Schritt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus besteht darin, sich mit dem Phänomen rechtsextremistischer Aktivitäten reflexiv auseinander zu setzen, entsprechende Bestrebungen zur Kenntnis zu nehmen und sich gegenüber diesen Aktivitäten konfliktfähig zu zeigen. Die öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus seitens lokaler Meinungsführer, Honoratioren – kurz: ‚deutungsmächtiger Akteure‘ – kann als wichtiger Schritt gesehen werden, um dialogische Verfahren sowie eine Auseinandersetzung mit diesen Themen in Gang zu setzen.
2. Ein Schwerpunkt zielt darauf ab, rechtsextremistischen ‚Normalisierungstendenzen‘ bzw. der ‚Veralltäglichung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘ entgegenzuwirken. Rechtsextremistische Normalisierungsbemühungen zielen auf die permanente Präsenz rechtsextremistischer Positionen im kommunalen Raum, auf das Senken der Hemmschwelle gegenüber rechtsextremistischen Inhalten sowie auf deren Verankerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Bei dem Versuch, sich als scheinbar normale Klientel oder gar als ‚Kümmerer‘ im Sozialraum zu etablieren, setzen sie auf einen allmählichen Gewöhnungseffekt in der Nachbarschaft und bei den Bürgern. Das Ziel muss sein zu verhindern, dass rechtsextremistische Erscheinungsformen und Ideologien zu einem selbstverständlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens und demokratischer Meinungsbildungsprozesse werden.
3. Ein weiteres Ziel ist, den Aufbau ‚rechtsextremistischer Erlebniswelten‘ zu unterbinden – ihnen den Nährboden zu entziehen. Sie bieten Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen Aktivitäten im Bereich der Freizeitgestaltung und ein gemeinsames Lebensgefühl in einem rechtsextremistischen Kontext. Geschäfte, Treffpunkte, Kneipen, Tattoostudios, Bandprobe- und Seminarräume usw. rechtsextremistischer Akteure ermöglichen, sowohl im Kontext von Events und im Alltag einen rechtsextremistischen ‚way-of-life‘ auszuleben als auch rechtsextremistische Strukturen und (Sub-)Kulturen aufzubauen. Für die Entstehung rechtsextremistischer Erleb-

niswelten spielen auf Dauer angelegte Treff- und Anlaufpunkte eine wesentliche Rolle. Sie bieten eine dauerhafte Basis für den Aufbau und die Pflege von Kontakten etc. In der Mehrheit sind die Nutzer solcher Angebote keine organisierten Rechtsextremisten. Allerdings stimmen sie in Teilen rechtsextremistischen Weltbildern und Ideologie zu und sind daher für die Argumentationsmuster rechtsextremistischer Akteure empfänglich. Rechtsextremistische Erlebniswelten und Infrastrukturen schaffen so ein soziokulturelles Milieu, in dem Jugendliche und junge Erwachsene rechtsextremistische bzw. rechtsextremistisch orientierte Lebensstile und Identitäten entwickeln können. Zur Verhinderung der Entstehung solcher Erlebniswelten sind ein gemeinsames Vorgehen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie die gemeinsame Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie notwendig. Handlungsoptionen für Eigentümer, Vermieter oder Inhaber sind z.B. Hausverbote, Kündigungen bzw. Räumungsklagen oder präventive Strategien, die der Anmietung vorbeugen (ausführliche Recherchen über die potenziellen Mieter/Käufer).

4. Die Qualität rechtsextremistischer Infrastruktur zeigt sich in unterschiedlichen Facetten. Es ist zunächst zu fragen, wie eng sie an die organisierte rechtsextremistische Szene angebunden ist, ob ein Geschäft oder eine Kneipe von einem aktiven Mitglied einer Kameradschaft oder einer rechtsextremistischen Partei geführt wird oder wer diesen Ort frequentiert (Kader, Aktivisten, Mitläufer). Für die Erarbeitung von Gegenstrategien ist es wichtig, nach der ‚Qualität‘ der Rechtsextremisten zu differenzieren.
5. Rechtsextremismus ist kein ausschließlich jugendkulturelles Phänomen. Vielmehr tritt es – meist in anderen Formen – schicht- und generationenübergreifend auf. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und/oder Antisemitismus zeigen sich ebenso – z.T. versteckt – in Behörden, bei der Polizei, in Medien usw. ‚Alltagsrassismus‘ ist ein weitestgehend unterschätztes Problem, das es bei der Entwicklung integrierter Handlungsstrategien zu bedenken gilt. Hierfür bedarf es Strategien zur Sensibilisierung aller Bevölkerungsgruppen, Institutionen, Vereine, Medien etc. Handlungsmöglichkeiten zur (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, des Vereinslebens etc. sind bspw. das Anstoßen von Diskussionsprozessen, die Besetzung des Sozialraums mit demokratischen Strukturen, der Aufbau kontinuierlich arbeitender Initiativen oder auch die Durchführung von Aktionen auf verschiedenen Ebenen: (1.) Bewohner des Ortes (Gespräche mit Nachbarn, Geschäftsinhabern); (2.) Unterstützung durch Politik und Verwaltung sichern (öffentliche Positionierung von Honoratioren; Unterzeichnung von Flugblättern); (3.) gezielte Einbindung von Medien etc.
6. Die Handlungsmöglichkeiten von Politik und Verwaltung sind (1.) die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen, die den Aufbau bzw. den Erhalt zivilgesellschaftlicher Strukturen befördern, (2.) die Ausfertigung öffentlicher und amtli-

cher Schreiben an Vermieter von Räumlichkeiten bzw. Verkäufer von Gebäuden, (3.) die Initiierung und/oder Unterstützung von Initiativen, Aktionen, Bündnissen usw. sowie (4.) der Erlass von Grundsatzbeschlüssen und die Anpassung von Haus- und Hallenordnungen, um den Vereinen, Betreibern, Mietern etc. Handlungsmöglichkeiten z.B. zum Aussprechen von Verboten oder Ausschlüssen zu eröffnen.

7. Ein weiterer Schwerpunkt der Strategien im ländlichen Raum sollte sein, ‚Vielfalt in der Region‘ zu fördern. Über freizeitpädagogische, kulturelle, politische, kirchliche usw. Jugend- und Vereinsarbeit muss es gelingen, Kindern und Jugendlichen Alternativen zu bieten, es ihnen zu ermöglichen, sich auszuprobieren, verborgene Talente zu entdecken, Interessen zu entwickeln. So können über (niedrigschwellige) Angebote Selbstwirksamkeits- und Reflexionsprozesse bei Kindern und Jugendlichen initiiert werden. Das Ziel muss sein, präventiv zu arbeiten – bzw. bei ersten rechtsextremistischen Anzeichen frühzeitig intervenieren zu können, um so die drohende Verfestigung von Strukturen zu verhindern.
8. Segregations- und Entmischungsprozesse führen zur Homogenisierung von Bewohnergruppen in den Städten und Gemeinden. Das Ziel muss es sein, diesen Prozessen, die eher zur Verschärfung von Problemen im lokalen Raum beitragen, entgegenzuwirken und mit verstärktem Einsatz ‚Vielfalt vor Ort‘ zu ermöglichen.
9. Um Rechtsextremisten den ‚Nährboden‘ für ihre Aktivitäten zu entziehen, ist es notwendig, dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft über gemeinsam entwickelte Strategien die Lücken und Freiräume besetzen. Der lokalen Politik und Verwaltung kommt hierbei eine Steuerungsfunktion im Sinne einer Handlungskoordination der verschiedenen Akteurskonstellationen zu. Nicht im Sinne einer hierarchischen Steuerung, sondern vielmehr als Moderatoren sollten sie Diskussionsprozesse im Gemeinwesen anstoßen, begleiten und unterstützen, die Akteure vor Ort – die *Ressourcen* – zielgerichtet und strategisch vernetzen, um nach Möglichkeit Synergieeffekte zu generieren.
10. Insbesondere im ländlichen Raum kommt (Ganztags-)Schulen eine zentrale Bedeutung bei der Durchführung präventiver und interventiver Maßnahmen zu. Hier halten sich Kinder und Jugendliche einen Großteil des Tages auf und deshalb wäre es konsequent, Verknüpfungen zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren herzustellen bzw. zu erweitern, um gemeinsam Projekte und Initiativen durchzuführen und formale und non-formale Bildungsangebote zu verbinden. Grundlage hierfür ist jedoch, dass sich die zumeist eher hierarchisch und autoritär organisierte Institution Schule dem Aufbau einer demokratischen Kultur öffnet. Ob über den Klassenrat, den Schülerrat oder über Schulkonferenzen usw.: Am Ort der Schule bestehen vielfältige Möglichkeiten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig einzuüben, Meinungsbildungsprozesse zu fördern und den Umgang mit demokratischen Strukturen zu erlernen.

11. Folgende strukturelle Rahmenbedingungen für die kulturelle, politische und soziale Jugendarbeit gilt es zu verbessern und zu verstetigen, um der Fluktuation beim Personal entgegenzuwirken:

- finanzielle und vertragliche Strukturen für das Personal;
- Qualifizierung von Berufsanfängern im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit;
- Sicherstellung von Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- dauerhafte finanzielle Absicherung der Projektarbeit in Anlehnung an die Vorhaben im Rahmen der integrierten Strategie.

12. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Olk 2004) – z.B. im Rahmen der Vereinsarbeit, der Jugendarbeit, in Schulen über Mentoren – ist ein wichtiger Bestandteil im Aufbau tragfähiger zivilgesellschaftlicher Strukturen. Projekte des ‚Service Learnings‘ mit Kindern und Jugendlichen können hierbei die Verknüpfung von Schulen mit ihrem Umfeld befördern und Prozesse der Selbstwirksamkeit sowie der Verantwortungsübernahme für das Gemeinwesen initiieren.

13. Die Förderung des Aufbaus sowie die Verstetigung themenspezifischer Vernetzungsstrukturen, die sich am Nutzen der Akteure orientieren und deren Ressourcen effizient verwenden, sind wesentliche Bestandteile für die Implementation erfolgreicher zivilgesellschaftlicher Handlungsstrategien. Insbesondere im ländlichen Raum, der es aufgrund seiner Weiträumigkeit und des Mangels an Alternativen den Akteuren (Beratungsteams, Jugendarbeitern etc.) erschwert, feste Angebotsstrukturen in der Breite aufzubauen, sind die Akteure auf gegenseitige Unterstützung, effizienten Ressourceneinsatz und ein engmaschiges Informationsnetzwerk angewiesen, um erfolgreich arbeiten zu können.

Literaturverzeichnis

Borstel, D. (2009): Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: Braun, S./Geisler, A./Gerster, M. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: 58-74.

Gläser, J./Laudel, G. (Hrsg.) (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3., überarb. Aufl., Wiesbaden.

Hafeneger, B./Becker, R. (2008): Die extreme Rechte im dörflichen Raum. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/08.

Hirschfeld, U. (2004): Ländlicher Raum – Nährboden für Rechtsextremismus? Impulsreferat. In: Dokumentation der Fachtagung ‚Rechtsextremismus im ländlichen Raum‘. Tendenzen Analysen und Handlungsmöglichkeiten. 15.-16. November 2004, Evangelische Akademie Meißen: 11-19. (http://www.ev-akademiemeissen.de/fileadmin/studienbereich/Jugend/texte/Dokumentation_Fachtagung_REX_2004.pdf; Stand: 09.09.2008).

Liebscher, D./Schmidt, C. (2007): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Leipzig. (<http://www.gruenebundestag.de/cms/rechtsextremismus/dokbin/187/187855.pdf>; Stand: 04.09.2008).

Olk, T. (2004): Konzept des bürgerschaftlichen Engagements – Definitionen. Beitrag für die Vorkonferenz ‚Stärkung der Zivilgesellschaft – Förderung ehrenamtlicher Strukturen in E- und C-Gebieten‘ der Regiestelle E und C der Stiftung SPI Berlin am 14. und 15. September 2004. (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript).

Petzke, M./Endrikat, K./Kühnel, S. (2006): Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext. In: Heitmeyer, W.: Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt am Main: Suhrkamp: 52-76.

Thomas Stimpel, ist seit 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Sozialpolitik des Instituts für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in den Forschungsprojekten: „Professionelle Kooperation von unterschiedlichen Berufskulturen an Ganztagschule“; „Wissenschaftliche Begleitung des ESF-Programms: Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs“; „Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum“; „Educational Governance im Kontext von Prozessen der integrierten Stadtentwicklung“ tätig

Kontakt: thomas.stimpel@paedagogik.uni-halle.de